

Herbert Ammon zu:

Alfred M. de Zayas: Die Nemesis von Potsdam. Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, 9. Auflage. Herbig Verlag, München 2005, 392 Seiten, gebunden, Abbildungen, 24,90 Euro

Zu den Hinterlassenschaften des verbrecherischen NS-Regimes gehört auch der aus vielerlei Quellen – protestantische Schuldmetaphysik, umgebogener deutscher Idealismus, die aus kollektiver Kränkung erwachsene moralische Selbstüberhebung der „Protestgeneration“ – gespeiste deutsche Schuldkomplex. Im Horizont dieser schon vor „1968“ gesellschaftlich prägenden und fortschreitend staatstragenden Ideologie scheint unbefangene, „objektive“ Geschichtsschreibung aus deutscher Feder kaum noch möglich.

Die deutsche Zeitgeschichte steht unter den Geboten der Geschichtsmoral, die Historie unterliegt den Realitäten der Politik, unterwirft sich den Vorgaben der Geschichtspolitik. Es bleibt der wenig tröstliche Gedanke, das sei in der Geschichtsschreibung, anders als Ranke meinte, eigentlich immer so gewesen.

Beispielhaft für selektives, ideologisch zweckgebundenes Herangehen an die schlimme Wirklichkeit war die Behandlung des primär deutschen Themas „Vertreibung“ durch das Münchner Institut für Zeitgeschichte. Entgegen den Ankündigungen seitens des von „Umsiedlungs“-Konzepten belasteten Theodor Schieder und seitens Martin Broszats nahm es sich, von bescheidenen Ansätzen abgesehen, des Problemkomplexes in einem kleinen Sammelband erst im Jahre 1985 an.

Es ging seinerzeit darum, so der Herausgeber Wolfgang Benz in der Neuausgabe von 1995, der von Vertriebenenfunktionären ausgegebenen Parole „Schlesien bleibt unser“ entgegenzuwirken, mit der „die Bereitschaft zum Anachronismus und Revanchismus in der Bundesrepublik öffentlich erprobt werden sollte“. Hellmuth Auerbach entrüstete sich über Publikationen aus dem Vertriebenenenumfeld, die „mit Zahlenangaben von mehreren Millionen Opfern jonglieren“, und die darin mitschwingende Tendenz des „Aufrechnens“. Ungeachtet solcher Verwarnungen erklärte unlängst der Vertreibungshistoriker Norman M. Naimark vor der Historischen Kommission der SPD: „Im Fall der Vertreibung der Deutschen ist es schwer zu bestimmen, wie viele Menschen in welcher Phase der Deportationen starben. Manche starben noch in den Auffanglagern. Die Schätzung von insgesamt zwei Millionen Toten scheint nicht übertrieben“ (FAZ vom 21. Januar 2004).

Der besondere Unmut des erwähnten IfZ-Autors galt der 1977 erstmals in deutscher Ausgabe erschienenen und bald zum Standardwerk avancierenden Arbeit von Alfred M. de Zayas über „Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen“. Bei seinem Erscheinen hatte die *Süddeutsche Zeitung* von einem Buch „von tiefem Ernst und bohrender Gründlichkeit“ gesprochen, die *Zeit* eine „Beweisführung von bestechender Präzision“ attestiert. Auerbach sprach dem Buch des Uno-Völkerrechtlers de Zayas (Juris Doctor in Harvard, Dr. phil. in Göttingen) schlicht die Seriosität ab, „weil es eigentlich keine wissenschaftliche historische Darstellung, sondern in seinem Kern eine Anklage gegen die Haltung der britischen und amerikanischen Regierungschefs auf der Potsdamer Konferenz ist“.

Wie verfehlt derlei „wissenschaftliche“ Polemik sein kann, zeigt die Lektüre von de Zayas' Buch, das jetzt in überarbeiteter Neuauflage erschienen ist, deren Grundaussage die Unteilbarkeit der Menschenrechte und das Recht auf Heimat ist.

Den Vorwurf des „Aufrechnens“ erklärt er für ein Argument totalitärer Färbung. De Zayas führt einerseits Klage – nicht Anklage – über die spätestens nach dem Abgang des Stalin-Widerparts Winston Churchills am 25. Juli 1945 zu Nachgiebigkeit und Kompromissen neigenden Delegationen der Westmächte. Der US-Außenminister James Francis Byrnes erkannte bereits am 21. Juli die fehlende Zähigkeit der amerikanischen Delegation „in der Frage der Oder-Neiße-Linie“. Am Ende wichen US-Präsident Harry Truman, „den die schwierige Grenzfrage allmählich ermüdete“, Byrnes, der neue britische Premier Clement Attlee und sein Außenminister Ernest Bevin vor den Argumenten Stalins und den Forderungen der polnischen Provisorischen Regierung zurück und akzeptierten die von Stalin ins Spiel gebrachte westlichste Grenzlinie. De Zayas beklagt die unter dem Eindruck der deutschen Verbrechen geschwächte Sensibilität der westlichen Siegermächte für die Mißachtung der eigenen, in der Atlantikcharta niedergelegten Maximen. Im Dezember 1944 kündigte Churchill im Unterhaus die Vertreibung von Millionen Deutschen an, um für die Nachkriegsordnung in Europa „reinen Tisch zu machen“. Dessen ungeachtet vertritt de Zayas die These, die Briten und Amerikaner hätten niemals Vertreibungen in jenem Umfang ins Auge gefaßt, wie sie dann wirklich stattfanden. So hält de Zayas die von den Westmächten erwirkten Formulierungen in Artikel XIII über die „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ durchzuführende „Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ sowie das „Ersuchen“ an die tschechoslowakische, polnische und ungarische Regierung, die Ausweisungen vorerst einzustellen, für mehr als bloße moralische Selbstbeschwichtigung. Dem steht die in der Neuauflage nicht abgedruckte Notiz des Leiters der Deutschland-Abteilung im Foreign Office entgegen. Im Hinblick auf Proteste kirchlicher Würdenträger wie George Bell, Bischof von Chichester, sowie des Verlegers Victor Gollancz notierte er am 8. September 1945: „So perhaps he (Attlee) will wish to point out to the Bishops that the Germans have brought all this on themselves and that, though we do not wish to leave ordinary considerations of humanity out of account, there is really very little we can do about it.“

Die andere Kernthese de Zayas' ist für politisch korrekte Zeitgenossen noch schwerer zu verkräften: Die Anglo-Amerikaner hätten unmittelbar nach Potsdam und über Jahre den Artikel IX der Potsdamer Erklärung, der „die früher deutschen Gebiete“ östlich der Oder-Neiße-Linie „unter die Verwaltung des polnischen Staates“ stellte, aber die Festlegung des Grenzverlaufs einem Friedensvertrags überantwortete, stets „revisionistisch“ zugunsten Deutschlands interpretiert. Bei George Bush senior hätte Kohl, der noch Anfang 1990 eine endgültige Fixierung der deutschen Ostgrenze habe vermeiden wollen, durchaus Verständnis gefunden.

Zur Oder-Neiße-Frage bietet das Kapitel „Vom De-Facto- zum De-Jure-Verlust“ der Ostgebiete einen Überblick über die politische Entwicklung sowie die normative Kraft des Faktischen bis zur endgültigen Anerkennung im deutsch-polnischen Vertrag von 1990. Daß dem vermeintlichen, geschichtsideologisch zugespitzten deutschen „Drang nach Osten“ spätestens seit der Wiedergründung des polnischen Staates 1918 ein „polnischer Drang nach Westen“ entsprach, dessen führender Protagonist der die polnische Delegation in Versailles vertretende Politiker Roman Dmowski war, gehört zu den unbequemen historischen Fakten. Selbst in Fachkreisen dürfte wenig bekannt sein, daß später die polnischen Obristen im Gefolge des Münchner Abkommens darangingen, aus dem annektierten Gebiet um Teschen die dort ansässigen tschechischen Bewohner in den Rumpfstaat Tschechoslowakei abzuschieben. Zu der in die Geschichtsbücher eingegangenen Vorstellung von der polnischen „Westverschiebung“ schreibt de Zayas: „Eigentlich gab es keine Westverschiebung Polens, sondern eine westliche Expansion Polens.“

Nicht minder provokativ wirken seine wohlbegründeten Thesen zur Vertreibung („Transfer“) der Sudetendeutschen, deren Schicksal dank frühen britischen Einverständnisses mit Edward Benes schon lange vor der Potsdamer Konferenz entschieden war. Wenn die Deutschen in Böhmen und Mähren ihre Loyalität zum neuen Staat aufkündigten, verhielten sie sich nicht anders als die Tschechen unter der K.u.k.-Monarchie. De Zayas' Fazit: „Die Nazi-Verbrechen waren nicht die Ursache der Vertreibung. Sie wurden aber zur nachträglichen Rechtfertigung instrumentalisiert.“

De Zayas eröffnet und schließt sein Buch mit versöhnlichen Äußerungen aus dem Munde von Vertretern aller beteiligten Nationen. Er verteidigt das Projekt eines „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin. In diesem Punkt dürfte das Buch von der Politik bereits überholt sein. Dank der Querschüsse „ostdeutscher“ Pastoren und Politiker wie Markus Meckel und Wolfgang Thierse wird es in der Bundeshauptstadt vermutlich ein solches Zentrum, in dem – unvorstellbar – Deutsche als Opfer erscheinen könnten, nicht geben. Die Sache wird womöglich in Breslau historisch aufbereitet. Wer erinnert dann dort an die bittere Ironie der Geschichte, angefangen von Churchills Spiel mit den drei Streichhölzern in Teheran, über seine Mahnung in Jalta, „die polnische Gans nicht zu fett zu stopfen“, bis zu seiner Ablehnung einer weiteren „Westverschiebung“ der Grenze von der Glatzer zur Görlitzer Neiße? Im Memorandum des U.S. State Department vom 8. August 1945 heißt es: „Wenn die britische Regierung nicht gewechselt hätte, hätten die Engländer wahrscheinlich gar nicht zugestimmt.“

Herbert Ammon

- ist Historiker und lebt in Berlin. Er verfaßte die Schrift „Die Vertreibung der Deutschen. Defizite der deutschen Zeitgeschichtsschreibung“ (München 1999).